

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

263 (11.11.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Steigerungsmäßig und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile kostet 6 Pfennig. Bei Werberholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterholung des Anzeigenplatzes, bei gleichzeitiger Belegung und bei Anfordern außer Kraft tritt. Erläuterungen und Belegblätter in Karlsruhe L. 2. o. Schilling der Anzeigen-Zentrale 8 Uhr vormittags

Nummer 263

Karlsruhe, Dienstag, den 11. November 1930

50. Jahrgang

Die Preissenkungsaktion

Bescheidener Anfang bei den Lebensmittelpreisen in Berlin

Die Reichsregierung meldet über die Preissenkungsaktion der Reichsregierung: Im Rahmen der Preissenkungsaktion der Reichsregierung fanden in den letzten Tagen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wiederholt Besprechungen mit den Vertretern des Fleischererwerbes statt. Im Hinblick auf die unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Deutsche Fleischerverband folgenden Entschluß gefaßt: Das Fleischererwerbe erkennt an, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage ein allgemeiner Preisabbau, auch im Hinblick auf die Lebensmittelpreise, durchgeführt werden muß. An die Verbände der Händler und sonstigen Käufer, die das Fleischererwerbe zu tragen haben, ist es in Betracht zu ziehen, die Spanne für Schweinefleisch um 5 Pfennig je Pfund zu senken. Das Fleischererwerbe gibt eine Vorleistung, die nur eine bescheidene Senkung der Preise bewirkt, wenn die von der Reichsregierung auf der ganzen Linie ungenügende Abbaumaßnahmen sich nicht auswirken werden und wenn die hohen Abgaben und Steuern beibehalten, sondern im Gegenteil ebenfalls erheblich herabgesetzt werden. Die Reichsregierung bezieht diesen Entschluß des Deutschen Fleischerverbandes, der dem Ernst der Zeitumstände Rechnung trägt, mit Interesse, doch nicht nur die Lebensmittelpreise dieser Art zu senken, sondern auch die übrigen an der Fleischherstellung beteiligten Gruppen, darunter die Konsumvereine, sich dem Gedanken des Deutschen Fleischerverbandes anzuschließen. Der Preisverein Berlin im Deutschen Fleischerverband erklärt sich bereit, am Dienstag, den 11. November, dem Beschluß des Reichsverbandes entsprechend den Preis für Schweinefleisch um 5 Pfennig je Pfund herabzusetzen.

Der Verband der Vereinten Berliner Milchhändler, der Arbeitsgemeinschaft der Freien Berliner Milchhändler und der Milchvertriebsverband norddeutscher Meiereien werden ihren Mitgliedern empfehlen, von nächsten Montag ab die Handelspreise der Milch um 1 Pfennig herabzusetzen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden in den letzten Tagen mehrfach Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisation der Deutschen Bäckerinnungen, des Zweverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins und der Vereinigung der Brotfabrikanten Groß-Berlins statt, die am Montag Beschluß gebracht wurden. Die Vertreter des Bäckererwerbes und der Brotfabrikanten wiesen bei den Verhandlungen darauf hin, daß die Brotpreise sich fortlaufend den Mehlpreisen angepaßt haben und daß die derzeitige Spanne zwischen beiden in der Tat auf die Erhöhung der allgemeinen Abgaben und Steuern zurückzuführen sei. Sie erklärten sich jedoch unter voller Berücksichtigung der allgemeinen Lage und mit Rücksicht auf die von der Reichsregierung zu ihrer Hebung und zur Senkung der allgemeinen Abgaben und Steuern eingeleiteten bzw. in Aussicht genommene Maßnahmen zu folgenden Abmachungen bereit: Der Bäckererwerbe und Brotfabrikanten verpflichten sich, grundsätzlich die Forderungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entsprechend, das Brot in Zukunft einheitlich um 3 bis 9 Pfennig zu verkaufen. 2. An Stelle des für die Zeit vom 1. bis 9. November für Groß-Berlin maßgeblichen Tafelbrottes von 1225 Gramm für das Normalbrot wird in Zukunft einheitsgemäß ein Brot von 1250 Gramm für das Normalbrot und ein gleichzeitiger Qualität in Berlin ab 13. November um 50 Pfennig auf 46 Pfennig gesenkt.

Die Reichsregierung erkennt die Unvermeidlichkeit des Bäckererwerbes und der Brotfabrikanten, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Preispanne für das Normalbrot bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuern, Werttarife und andere Unkosten sogar erhöht werden, daß nicht nur die einzelnen Bäcker und Brotfabrikanten, sondern auch die Vertreter mit dem Reichsministerium im Einklang mit dem Reichsministerium, sondern auch die einzelnen Brotverfertiger beteiligten Gruppen sich der allgemeinen Preissenkung in einer Weise anschließen, daß sie für den Verbraucher sichtbar wird.

„Germania“, Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, stellt sich demgegenüber noch keine Voraussetzungen für eine Senkung der Steuern, Werttarife und andere Unkosten, soziale Beiträge, so sind die Mehlpreise in den letzten Wochen um ein Vielfaches um mehr als 2 Pfennig je Kilo ausgemacht. Der Reichsverband erklärt sich aber, dem Ernst der wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, bereit, Vorleistungen zu machen, die der Reichsregierung voranzutreiben unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung nachdrücklich dafür eintritt, daß die Werttarife usw. gesenkt werden. Insbesondere legt das Reichsministerium Wert auf selbstverständliche Voraussetzungen, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck gegen jede Preisverhöhung, insbesondere auf dem Mehlmarkt, wendet.

Unter diesen Voraussetzungen erklären sich die im Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins zusammengeschlossenen Bäckermeister bereit, bis auf weiteres den Brotpreis ab Donnerstag, den 13. November, für das 2 1/2 Pfund Roggenbrot von 0,50 auf 0,46 Mark zu senken. Aus dieser Preissenkung in Groß-Berlin dürfte, so wird dann erklärt, aber nicht die Folgerung gezogen werden, als ob allgemein im Reich die Brotpreise gesenkt werden können. Es wird Aufgabe von Besprechungen zwischen dem Reichsministerium für Ernährung und dem Germania-Verband sein, hier klärend zu wirken.

Selbstverständlich freuen wir uns jeder Senkung der Lebensmittelpreise und wir halten insbesondere eine Senkung der Brot-, Fleisch- und Milchpreise neben einer Senkung der Kohlenpreise und der unentgeltlich hohen Mietpreise, insbesondere für die Neubewohner für eine der dringendsten Voraussetzungen, einer Sanierung der deutschen Wirtschaftslage. Was uns jedoch hier geboten ist, ist ein überaus bescheidener Anfang, der dazu noch mit einer Reihe Klauseln belastet wird, die befürchten lassen, daß wir sehr schnell wieder da angelangt sind, von wo ausgegangen wurde. So erfreulich die Senkung der Schweinefleischpreise ist, so fehlt vor allem der Hinweis auf die anderen Fleischsorten, die ebenso sehr eine Herabsetzung bedürfen. Denn es darf nicht so sein, daß etwa die verlorne Schweinefleischspanne bei den anderen Fleischsorten wieder herausgeholt wird. Ebenso sehr ist es jedoch notwendig, daß diese von Berlin ausgehende Aktion schnell über das ganze Reich ausgedehnt wird und zwar so, daß nicht die Senkung der Lebensmittelpreise etwa beim Brot mit einer Qualitätsverminderung oder Verschlechterung verbunden wird. Notwendig ist weiterhin, daß diese Aktion auch auf den Kolonialhandel ausgedehnt wird, denn all das, was uns hier vorgelegt wird, kann nur als bescheidener Anfang gedeutet werden. Abgesehen von der Frage, wie weit die Preisermäßigung dem Stande der Erzeugerpreise bzw. dem Preisstand im Großhandel entspricht, bei Fleisch scheint das mehr der Fall zu sein als bei Brot, muß festgestellt werden, daß der vorgenommene Preisabbau dem Abbau der Effektivlöhne nicht gerecht wird. Weiter fehlen vor allem die Mittel der Preiskontrolle (ständige Veröffentlichung der

Preise, Preisvergleiche usw.). Wenn die Preisermäßigung von Dauer und wirkungsvoll sein soll, muß die Reichsregierung hier sofort die Organisation der Kontrolle einschalten. Wie gesagt, liegt hier ein bescheidener Anfang — aber nicht mehr — zur Preissenkungsaktion vor. Wenn hier wirklich ernstlich ein Fortschritt erreicht werden soll, so muß daher mit aller Energie nach den verschiedenen Seiten hin durchgegriffen werden.

Professor Sinsheimer und der Schiedspruch für die Metallindustrie

Bemerkenswerte Erklärungen

Genosse Prof. Sinsheimer, Frankfurt, der als Schiedsrichter an dem Spruch beteiligt war, übermittelt dem Vorwärts eine Erklärung über seine Abstimmung im Schlichterkollegium, in der er u. a. sagt: Ich habe für den Schiedspruch nicht deswegen gestimmt, weil ich grundsätzlich eine Lohnsenkung als das Mittel für eine Überwindung der Krise ansehe. Im Gegenteil teile ich in der grundsätzlichen Frage nach der volkswirtschaftlichen Berechtigung von Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage alle Bedenken, die bereits von wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite dagegen erhoben worden sind. Ich bin auch nicht für eine Lohnsenkung in dem ausgedehnten Ausmaß eingetreten, sondern habe im Gegenteil einen von dem früheren Schiedsrichter abweichenden Standpunkt vertreten, nicht nur was die eigentliche Lohnsenkung, sondern auch was den Beginn und ihre Staffelung anlangt. Erst als ich mich im Schiedsgericht davon überzeugen mußte, daß eine Lohnsenkung in Höhe von 8 Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, stand ich vor der Frage, ob ich eine solche Lohnsenkung in diesem hohen Ausmaß mit sofortiger Wirkung durch Mehrheitsentscheid des Schiedsgerichts eintreten lassen oder ob ich mit meiner Stimme wenigstens eine zeitliche Hinausschiebung dieser Senkung zu erreichen suchen sollte. Ich bin den letzteren Weg gegangen, um die sofortige Lohnsenkung um 8 Prozent zu verhindern.

Schließlich weise ich darauf hin, daß es keineswegs die Auffassung des Schiedsgerichtes war, den Entscheid in der Berliner Metallindustrie als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerbezweigen und Orten anzusehen.

Die österreichischen Wahlen

Aufstieg der Sozialdemokratie — Rückgang des Bürgertums

Die gestern aus Wien mitgeteilten Wahlergebnisse sind durch die genaueren amtlichen Feststellungen überholt worden. Bisher war auch die Übertragung durch Störungen beeinträchtigt. Wir geben nun die heute vorliegenden genaueren Ziffern wieder, die zeigen, daß die Sozialdemokratie in ganz Österreich rund 73 000 Stimmen gewonnen, während die bürgerlichen Parteien über 300 000 Stimmen verloren haben. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich, besonders wenn man die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs berücksichtigt, glänzend geschlagen.

Aufstieg und Niedergang

Wien, 10. Nov. Von den Parteien, welche keine Mandate erhielten, entfielen auf die Nationalsozialisten in ganz Österreich 99 356, auf die Kommunisten 20 691, auf die Österreichische Volkspartei 14 987, auf die Demokratische Mittelpartei 6719, auf die jüdische 2134, auf die katholische Volkspartei 157 und auf die Nationaldemokraten 54 Stimmen. Ein Vergleich der Gesamtziffern der österreichischen Wahlen mit denen der letzten Wahlen ergibt: Insgesamt wurden sozialistische Stimmen abgegeben 1 623 070 gegenüber rund 1 560 000 im Jahre 1927, bürgerliche Stimmen 1 645 881 gegenüber rund 1 980 000 im Jahre 1927. Das ergibt für die Sozialisten eine Zunahme von etwa 73 000, für die Bürgerlichen eine Abnahme von etwa 335 000 Stimmen. Die starke Abnahme der bürgerlichen Stimmen wird mit der geringeren Wahlbeteiligung und der größeren Anzahl ungültiger Stimmen erklärt.

Die Mandatsverteilung

Wien, 10. Nov. Nach den Ermittlungen der Hauptwahlbehörden stellt sich das Endergebnis der österreichischen Wahlen folgendermaßen dar: Die Sozialdemokraten erhalten 72 Mandate (71), die Christlich-Sozialen 66 (73) Mandate einschließlich Heimwehr bzw. Heimat-

mehr, der nationale Wirtschaftsblock und Landbund, der die frühere Großdeutsche Partei und den Landbund umfaßt, 19 (12 und 9) Mandate und der Heimatblock, der früher keinen Kandidaten aufgestellt hatte, 8 Mandate.

Das Wiener Wahlergebnis

Wien, 10. Nov. Nach Berechnungen der Hauptwahlbehörde verteilen sich unter Einteilung der Reststimmen die Mandate im Wahlkreisverband Wien folgendermaßen: Sozialdemokraten 30 (plus 1), Christlich-Soziale 11 (minus 3), Nationaler Block und Landbund 4 (plus 2).

Die Wahlen zum burgenländischen Landtag

Eisenkadt, 10. Nov. Die österreichischen Wahlen zum burgenländischen Landtag brachten folgendes Ergebnis: 14 Christlich-Soziale, 13 Sozialdemokraten, 5 Kandidaten Schöber-Block. Gegenüber der letzten Zusammenfassung ist die Lage insofern unverändert, als die früheren Landbündler jetzt dem Schöber-Block angehörend.

Der neue steirische Landtag

Graz, 10. Nov. Zugleich mit den Nationalratswahlen wurde gestern der steirische Landtag gewählt. Vorbehaltlich der endgültigen Überprüfung des Wahlergebnisses wird sich der steirische Landtag folgendermaßen zusammensetzen: 17 Christlich-Soziale (1927: 17), 17 Sozialdemokraten (21), 8 Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund (Schöberbund) 1924: Landbund 9), 6 Heimatblock.

Der neue kärntner Landtag

Klaunfurt, 10. Nov. Der kärntner Landtag teilt sich nach den gestrigen Neuwahlen wie folgt zusammen: Sozialdemokraten 15 (1927: 16) Mandate, Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund — Schöber-Block — 8 (gegen 12 Mandate des Landbundes und 4 der Großdeutschen im Jahre 1927), Christlich-Nationale 6 (6), Heimatblock 3, Nationalsozialisten 2 (1), Partei der Kärntner Slowenen 2 (2), Kommunisten 0 (0).

Straßenkampf mit Kommunisten

Zwei Tote und mehrere Verletzte

In dem wälschen Dörfchen Solingen ereignete sich am Sonntag ein Straßenkampf zwischen Kommunisten und Polizei...

Nationalsozialistisches Komödium

Minden, 10. Nov. (Eig. Draht.) Ein etwa 10 Mann starker Trupp Nationalsozialisten durchzog die Dörfchen...

Gegen kommunistische Verleumdungen

Böhm, 10. Nov. (Eig. Draht.) Vor dem Amtsgericht Böhm wurde heute in lebhaftiger Verhandlung eine Verleumdungs-klage...

Zeitungserbot

Der Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, hat die Note für die Dauer von acht Tagen verboten, weil das Blatt den Ueberfall auf den ehemaligen Polizeipräsidenten...

Aus dem Verleumdungsfeldzug der Hakenkreuzpresse

In der nationalsozialistischen Presse wird seit einiger Zeit der Berliner Polizeipräsident Dr. Weich verhöhnt...

Aufruf für neuen Friedensbund

Senatspräsident Fremuth und seine Freunde, die dieser Tage aus der deutschen Friedensgesellschaft ausgetreten sind...

Kommunalwahlen in Oldenburg

In Oldenburg fanden am Sonntag die Kommunalwahlen statt. Es erhielten: Stadt Oldenburg: Sozialdemokraten 4410 (67,8) bei der Reichstagswahl, 7 Sitze (bisher 10); Kommunisten 1672 (25,3)...

Freistaat Baden

Kupp der Vater an Kupp den Sohn

Eine Stimme aus Eufium

An der Ausgabe des Führer vom 8. November sind die Artikel über die Kupperei und die Kupperei...

Mein liebes Hänschen, hier oben haben wir einen ausgezeichneten Dunkschnitt von und mit der Erde...

Nach Deinen Darlegungen geht es im neuen Reichstag berart zu, daß der Staatsanwalt denjenigen fassen würde...

Mein liebes Hänschen, als alter christlich-konfessionärer Mann und Parlamentarier habe ich mich für Dich und für Deine Parteifreunde tief gesorgt...

Über — bei welcher Partei und inmitten welcher Gesellschaft? Dein Parteiführer, der Herr Hilte...

Du schreibst, Ihr Nationalsozialisten hätten stürmisch Beifall gefloht, als der alte Oberbürger, der mit mir in der Fraktion...

Am letzten Mittwoch haben viele Trauerfälle, die noch an dem Seelenopfer für den hochw. Herrn Prälaten Dr. Schöfer teilgenommen hatten...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtheit der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

sozialistischen in Emmendingen und deren Spitzenkandidat bei den Gemeindevahlen.

Naziterrör in Wahlversammlungen

Witzfeld gegen den Minister Memmel. Witzfeld, 10. Nov. Gestern Abend hielt die demokratische Partei in Witzfeld eine Wahlversammlung...

Ist die Deutschnationalen Volkspartei lozialreaktionär?

Wer auch nur irgendwie die politische Einstellung der Partei verfolgt, weiß, daß obige Frage mit einem glatten Ja zu beantworten ist.

Die Deutschnationalen Volkspartei ist lozialreaktionär. Die Partei ist lozialreaktionär...

Die Deutschnationalen Volkspartei ist lozialreaktionär. Die Partei ist lozialreaktionär...

Die Deutschnationalen Volkspartei ist lozialreaktionär. Die Partei ist lozialreaktionär...

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland berichtet für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1930: Ueber die Entwicklung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes...

Ueber die Entwicklung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes der zweiten Hälfte des Oktober ist leider wieder zu berichten, der Andrang immer größer und die Nachfrage schwächer...

Am 31. Oktober betrug die Gesamtzahl der bei den Arbeitgebern angefragten Arbeitslosen 185 498 Personen...

Die Gesamtzahl der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtzahl der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtzahl der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Die Gesamtzahl der Unterführer stieg am 4. November von 104 496 Personen (87 514 Männer, 16 982 Frauen) auf 108 000 Personen (92 178 Männer, 17 284 Frauen)...

Der Städtetag

Finanz- und Wirtschaftsprogramm

Der Städtetag des Deutschen Städtebundes hat sich am Samstag mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Ueber das Ergebnis hat am Samstag der Städtetag des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, mit, daß die...

Aus aller Welt

Kriminalbeamte vom Publikum angegriffen

BRN, Berlin, 10. Nov. Seit Tagen verfolgen die Kriminalbeamten der Dienststelle II den vor etwa 14 Tagen aus der Argen entlassene in Halle entlassene Karl Colanus wieder einzuengen. Die Beamten hatten erfahren, daß Colanus in einem Lokal am...

Zepplin nach Holland gefahren

Kriegsflieger, 11. Nov. Heute nach 0.10 Uhr startete das Luftschiff Graf Zeppelin unter Führung von Dr. Essener zu einer...

Fremdenzuzug in Paris

Die angekündigte Fremdenzuzug der Pariser Polizei hat am Sonntag mit einer Kassa in dem Borot Rueil begonnen. Ueber 60 Ausländer wurden verhaftet. Fünf Italiener wurden sofort über die Grenze abgeschoben.

Frankreicher Ostasienflug

Die beiden französischen Flieger Colouet und Boulette sind zu einem Ostasienflug gestartet. Sie wollen in zehn Etappen Singan erreichen.

Frankreich verbessert Eisenbahnwagen

Nach einem Modernisierungsprogramm der französischen Staatsbahnen sollen auf allen Strecken der engeren und weiteren Umgebung von Paris sämtliche Eisenbahnwagen aus Holz durch...

Paris wird „moralisch“

Der Polizeipräsident von Paris hat Moralvorschriften erlassen, die neben einer gewissen Verärgerung große Heiterkeit erzeugt haben. Den Pariser ist danach von nun an das Spaziergehen in den...

Regierungsniederlage in Bulgarien

Sofia, 10. Nov. (Eig. Draht.) Bei den gestrigen Kreiswahlen erlitt die Regierungspartei eine schwere Niederlage, besonders in den Städten, wo der Wählertrieb weniger wirksam ist. Großen...

„Do X“ in England gelandet

Amsterdam, 10. Nov. Das Flugschiff ist nach einer Motorstörung erneut zum Fluge nach England gestartet. Sofort nach der Fahrtunterbrechung war mit der Untersuchung des zweiten...

London, 11. Nov. Das Flugschiff „Do X“, das gegen 15.30 Uhr Greenwicher Zeit über Calshot eintrafen war, ist um 15.37 Uhr glücklich gelandet. Etwa ein Dutzend Flugszeuge hatten dem Schiff...

„Do X“ sind zwei für das italienische Luftkabinorium bestellt worden. Eines von diesen Flugzeugen soll schon in sechs Wochen zum Probeflug bereit sein.

Paradeeinfahrt gegen Zuhäuermenge

LONDON, 10. Nov. Als der traditionelle Festzug des neuen Bürgermeisters von London sich heute nachmittags an der Universität vorbeibewegte, kam es zu einem Ausbruch von der vier...

Eisenbahnunglück in Rumänien

Bukarest, 10. Nov. In der Nähe des Bahnhofs Buda bei Blaschitz stieß eine Lokomotive mit einem Personenzug zusammen. Dabei wurden acht Personen getötet und 15 verletzt.



Rein Kanal, sondern eine überflutete Straße in Frankfurt a. O.

Gemeindevahlkampf

Kuenheim. Die Gemeinde wurden drei Vorkämpfer zur Gemeindevahl, die SPD, eine Freie Bürgerpartei und eine... Die SPD, die Freie Bürgerpartei und eine...

Aus der Stadt Durlach

Sederling spricht! Die öffentliche Wählerverammlung am Samstag...

Die öffentliche Wählerverammlung am Samstag...

Die öffentliche Wählerverammlung am Samstag...

ein, das die Lebensbedingungen der Gemeinde angeht, ist ihrer neuen und vermehrten Aufgaben besser berücksichtigte, als der bisherige Zustand. In der Aussprache hielt es der kommunalpolitische Stadtrat...

Gewerkschaftliches

Weihnachtsunterstützung. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat beschlossen, den ausgeschiedenen erwerbslosen Mitgliedern eine einmalige Weihnachtsunterstützung aus zentralen Mitteln zu gewähren. Zu diesem Zweck wird den Ortsvereinigungen der Betrag von einer Million Mark zur Verfügung gestellt.

Aus der Rheinischfahrt. Am heutigen Dienstag werden in Duisburg die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne in der Rheinischfahrt fortgeführt. Die Parteiverhandlungen sollen dabei zum Abschluß kommen.

Die Arbeitseinsatzverhandlungen im Ruhrbergbau. Unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Braun, finden am 12. November die Weiterverhandlungen über das Arbeitseinsatzkommen im Ruhrbergbau statt. Falls die Verhandlungen am 12. November zu keinem Ergebnis führen sollten, werden sie am 14. November fortgesetzt.

Keine Einigung in der Bielefelder Metallindustrie. Die Samstag nachmittags begonnenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Bielefelder Metallindustrie vor dem Schlichter, Professor Braun (Dortmund), dauerten bis nach Mitternacht und wurden dann ergebnislos abgebrochen. Nach Lage der Dinge ist mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks zu rechnen.

Große Beunruhigung in der Beamtenschaft

Am Die in den Bereich der Möglichkeit verleiht Verlegung des Termins für die Kürzung der Beamteneinkünfte auf den 1. Januar 1931 hat in der gesamten Beamtenschaft eine Erregung ausgelöst, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Ohne auch nur mit den Spitzenorganisationen Rücksicht zu nehmen, ohne die Gründe zu würdigen, die gegen den geplanten Schritt vorgebracht wurden, soll jetzt ganz plötzlich im Reichsrat der frühere Termin festgesetzt werden. Besonders Beachtung verdient der Umstand, daß der Verlust unternommen wird, den Termin der Gehaltskürzung in Verbindung zu bringen mit dem zu erwartenden Schiedsgericht für die Metallarbeiter. Zu diesem Zwecke wurde das Gericht in Umlauf gesetzt, daß der Metallarbeiterverband bei einer amtlichen Stelle den Wunsch ausgesprochen habe, bei der Festlegung des Termins auf den Schiedsgericht Rücksicht zu nehmen. Inzwischen wurde die dem Metallarbeiterverband unterstellte Forderung authentisch demontiert. Am darüber bei den amtlichen Stellen keinen Zweifel zu lassen, sah sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes veranlaßt, dem Reichsfinanzminister ein Telegramm abzugeben zu lassen, in dem unter Bezugnahme auf die Dementierung des Gerüchtes gegen die beabsichtigte Vorverlegung der Gehaltskürzung energisch protestiert wird. Außerdem wurde bereits vorher dem Reichsrat eine umfangreiche schriftliche Darstellung geleistet, die die Auffassung des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes zu der geplanten Maßnahme enthält.

Der Metallarbeiterstreik im Bielefelder Bezirk. Bielefeld, 10. Nov. Dem Streik bei den Ankerwerken hat sich nun auch die Belegschaft der Deutschen Metallwerke in Brodebecke-Quelle angeschlossen. Die Belegschaft sprach sich in einer Abstimmung für den Eintritt in den Streik aus und trat sofort in den Ausstand. Die Arbeiterschaft ist etwa 400 Köpfe stark.

Gesamtkündigung im oberpfälzischen Erzbergbau. Amberg (Oberpfalz), 10. Nov. Der Arbeitgeberverband im oberpfälzischen Erzbergbau und in der Süddeutschen Erzbergbau hat der gesamten Belegschaft am 17. November gekündigt. Neue Schließungsverhandlungen finden morgen in Nürnberg statt.

Garantiert am 22. November findet die Sitzung der besetzten Wählerkreise in Bielefeld statt. Es hat sich die Rede auf den Erfolg dieser Sitzung in hohem Maße angelehnt ist, kann der Kauf dieser Seite im Interesse dieser gemeinnützigen Einrichtung nur dringend empfohlen werden. Sinsu kommt aber noch, daß der außerordentlich günstige Gewinnplan - bei keiner Loszahl - von 3167 Gewinnern im Gesamtbetrag von RM. 15.000 mit einem Höchstgewinn von RM. 6000 bei einem Höchstloose nur RM. 1. - einen harten Preis allen Lotteriezüglern bietet. Diese sind zu haben bei No. 2. Bismarck, Mannheim, O. 7, 11, sowie allen Lotteriegeldgeschäften. Näheres siehe Interzentell.

Köln, 11. Nov. (Kundendienst.) Die Schulbuchverlage in der Kurstadt hat 500 Arbeitern gekündigt. Sie besetzt eine Derabteilung der Köhne.

Die öffentliche Wählerverammlung am Samstag...

Die öffentliche Wählerverammlung am Samstag...

Die Eroberung

des Rathauses



Kommunistische Bauernfängerei

Die „Kulaken“ in Deutschland und in Rußland

Kommunistische Partei verpricht auch jetzt wieder wie bei den Kommunisten im Jahre 1920, die kleinen Bauern, die in den kleinen Landwirten, dem es unter der Unkunst der kapitalistischen Verhältnisse sehr schlecht geht, ein Bild über die Zukunft, nach dem man annehmen könnte, Rußland muß in das Paradies des Kleinbauern geworden sein.

Kommunistische Schamzüchtler erzählen dem Landwirt, was in Rußland dem Kleinbauern, den sie ausrotten und wie man ihn von Haus und Hof treibt. Von den kommunistischen Kaitatoren über Rußland erzählen, entwerfen sie dem kleinen Landwirt, dem es unter der Unkunst der kapitalistischen Verhältnisse sehr schlecht geht, ein Bild über die Zukunft, nach dem man annehmen könnte, Rußland muß in das Paradies des Kleinbauern geworden sein.

Einseitig deutet darauf hin, daß die Kommunisten hier Betzen gewonnen haben, trotz der Propaganda, die mit Radio und Drucker-Schwärze das Dorf überflutet. In keiner Hütte sah ich ein Bild Lenins oder Stalins, Bilder von Budjenny aber, der durch Nitrate katalysierten Keimergenerat des Bürgerkriegs, der 1921 bis vor Wladimir vorzogen war, auch von Wladoschilow, dem Führer der Roten Armee, hingen an den Wänden. In sie glaubt der Bauer, auf sie hofft er.

Ein ehemaliger Kriegsgefangener gibt das Geleit zum Zug. Er will viel wissen: Ob wir in Deutschland noch Krieg führen? Ob wir den Krieg nicht in der Erinnerung an die letzten Jahre fruchtlos Ende verhängt haben? Ob die Einberufung eines neuen Krieges gegen Rußland führen würde? Ob es in Deutschland noch Menschen gäbe, die sich für die Sache der jungen Generation, haben nicht die letzte Ahnung davon, was jenseits der östlichen Wälder um Sowjetrußland herum vorgegangen ist und vorliegt.

Das sind keine potentiellen Dörfer, sondern Tatsachen, so wie sie in Wirklichkeit sind, und wie sie von denen gesehen werden, die sich nicht eine Krille von der kommunistischen Propaganda aufwickeln lassen. Von diesem Standesleben und dieser Spitzel werden die kommunistischen Heilbrüter allerdings den kleinen Landwirten nicht erzählen. Warum denn auch? Die Wahrheit ist den Kommunisten noch nie von agitatorischem Nutzen gewesen. Das Verleumben der Sozialdemokratie ist ja ihr Geschäft — nicht die Aufführung.

Das auswechselbare Programm der Nationalsozialisten

Der satte Bürger!

„... Stubenhockerpolitik hat ja aus Goethe nicht nur den Olympier in Schlafrock und Filzpantoffeln gemacht, er liebt ja nur den Bürger, den Klassiker und übersieht den Empörer, den Revolutionär, den geistigen Neuordner und Neuerwerter...“

„... Das Bürgertum hat sich aus der Kultur nur die Rosinen herausgepickt, die ihm mündeten, und dabei würden die Genies ans Kreuz geschlagen...“

„... besteht die ganze bürgerliche Kultur in Totenkult und Denkmalsenthüllung...“

So wiederum der Nationalsozialist Adolf Mahr, Redakteur an der „Deutschen Zeitung“, Berlin, am Rundfunk in einem Hörspiel zwischen Mahr und Ernst Toller.

Kandidatenaufmarsch in Söllingen

Die Aufstellung der Kandidaten zur diesigen Gemeindevahl löst, darüber einige Seiten zu schreiben. Zunächst die bürgerliche Vereinstimmung, die bekanntlich die Mehrheit im Bürgerausschuß hatte. Auch dem Nichtunterrichteten wird es auffallen, daß die Liste der bürgerlichen Vereinstimmung große Lücken aufweist. Sehr viele ihrer ehemaligen Prominenten stehen nicht mehr auf der Kandidatenliste. Der Grund hierfür ist sehr interessant. Die betreffende Vereinstimmung hatte, auch in dem Bürgerausschuß vor dieser Periode die Mehrheit. Nun war es verschiedene Male vorgekommen, daß einzelne ihrer Mitglieder entgegen dem Willen der Fraktionsmehrheit bei verschiedenen Vorlagen abgestimmt hatten. Einigen Herren der B. V., allen voran ihrem maßgebenden Chef, Müller, sagte das durchaus nicht in den Kram. Bei der Wahl 1926 mußte deshalb jedes Mitglied der B. V.

einen Keuers des Inhalts unterschreiben, „daß der Unterzeichner sich verpflichtet, jederzeit sich dem Fraktionszwang zu fügen, widrigenfalls er seines Mandats verlustig geht“. Die Fraktion setzte sich aus Deutschnationalen, Volksparteilern und Demokraten zusammen. Die Deutschnationalen hatten die Mehrheit und drückten so der ganzen Vereinigung ihren Stempel auf. Daß es einem Teil der andern sehr hart ankam, sich gegen die eigene innerliche Überzeugung dieser deutschnationalen Diktatur zu beugen, ist besorglich. War doch diese Diktatur weniger von dem Wohl der Gemeinde bestimmt, als von dem Haß gegen unsere Partei.

Über immerhin bewirkte der Keuers, daß die Vereinigung vier volle Jahre zusammenhielt. Diese vier Jahre genügte aber auch um den Wahrheitsliebenden innerhalb der B. V. zu zeigen, daß einmal: das Besprechen, das die B. V. in ihrem Wahlzettel gab, daß es durch die Vereinstimmung der „los. Mitwirkerschaft“ möglich sei, die Umlage zu senken, nur atomlose Demagogie war; und daß zum andern diese sogenannte „Mitwirkerschaft“ die einzige überhaupt insalubere Form sei, hier Gemeindepolitik zu betreiben.

Daß auf der jetzt aufgestellten Liste gerade die Namen der beiden Gemeindeväter der Demokratie und der Volkspartei fehlen, erklärt sich zum großen Teil aus dem hartnäckigen Ungehörigen. Weiter aber auch aus der Tatsache, daß Herr Müller und seine intimen Freunde darauf bedacht sind, unter allen Umständen ihren Einfluß noch mehr zu verfestigen.

Herr Müller ist wieder Spitzenkandidat. Den Nachweis für seine Befähigung als Spitzenkandidat der Vereinigung hat er speziell in letzter Zeit wieder einmal glänzend erbracht. Nachdem Müller nämlich im Gemeindevater mit aller Entschiedenheit die Einführung der örtlichen Biersteuer gefordert hatte, nahm er im Bürgerausschuß eine direkt entgegengesetzte Haltung ein und legte seine Haltung im Gemeindevater ab. Und im Bezirksrat ging Herr Müller sogar so weit, daß er behauptete, die Biersteuer sei nur deshalb vom Bürgermeister vorgelegt worden, weil man glaube, damit der B. V. Schwierigkeiten bereiten zu können. So sieht der Mann aus, den auch der ed. Volksdienst sich zum Führer erkoren hat.

Auf der Liste folgen ihm der Mühlenseliger Walter und der „Demokrat“ Seiler. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, sie und die Folgenden näher bekannt zu machen, da wir der Ansicht sind, daß auch bei der Gemeindevahl die Personen nicht ausschlaggebend sind, sondern das System, das sie vertreten. Wenn wir dieser Auffassung Herrn Müller und noch einigen andern gegenüber eine Ausnahme machen, so geschieht, weil sie ganz besondere Tugenden innerhalb ihrer Gemeindeväter darstellen.

Ein Rundschreiben der SPD zu den Gemeindehaushaltplänen

In einer öffentlichen Einwohnerversammlung am 16. April in R u h l a teilte der jetzt zur kommunistischen Opposition gehörende Bürgermeister Kohrausch mit, daß die Bezirksleitung der SPD in Bens ein Rundschreiben herausgegeben habe, in dem Richtlinien für die Haltung der Kommunisten zu den Gemeindehaushaltplänen 1930 gegeben werden. Nach der Mitteilung Kohrauschs soll dieses Rundschreiben von Unfug strotzen. Es heißt da:

„Es ist nicht unsere Aufgabe, Bedingungsverhältnisse zu machen, das ist Aufgabe der Verwaltung. Unsere Genossen haben nur zuzustimmen, wenn die Enttarnung der großen Vermögen durchgeführt wird.“

Hierzu sagt Herr Kohrausch, daß er dem kommunistischen Führer am Orte erklärt habe, daß er sofort von seinem Posten zurücktrete, wenn dieser ihm die Zusicherung gebe, daß er diese Forderung durchführe. Die Zusicherung sei ihm aber nicht gegeben worden.

Weiter heißt es in dem Rundschreiben, daß die Kommunisten die Forderung nach Selbstverwaltung der Gemeinde nicht aufstellen, weil der Kapitalismus noch vordereibe und ebenfalls sie die Forderung nach Kommunalisierung der Betriebe von der kommunistischen Partei weder aufstellen noch unterstützen. Also nicht einmal aufgestellt soll diese Forderung werden. Die Betriebe, Gaswerke u. m. müßten somit nach kommunistischer Aufsicht in privater Hand bleiben. Solch ein Unfug könne ein normaler Mensch nicht begreifen. Kohrausch bemerkte: Es kommt aber noch viel schlimmer. Und er verlas dann noch folgende amüsante Stelle aus dem Rundschreiben:

„Bei Neuwahlen sind an Stelle von Spezialkennern junge Leute, die möglichst wenig Ahnung von Kommunalpolitik haben, aufzustellen.“

Die Dummheit siegt. Je dümmer um so besser geeignet. Denkende Menschen kann die SPD-Zentrale nicht gebrauchen. Kohrausch meinte, eine solche Politik könne nur von politischen Macken angetrieben werden.

... Wir sagen den Arbeitern offen, daß auch wir ihnen nicht auf parlamentarischem Wege helfen können, daß es nicht genügt, Kommunisten zu wählen.

Die „Mannheimer Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Ausgabe am 7. Dezember 1929 anlässlich der hiesigen Gemeindevahlen.

Großkampfgebiet soll Baden sein

nach einer Parole der Nationalsozialisten

Sozialdemokratische Wähler holt zum Gegenstoß aus!

Offensiv wurde der Wahlkampf von der Sozialdemokratie begonnen, so muß es auch bis zum 16. November bleiben

Mord an der Stieftochter

Ein entmenschter Stiefvater

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 10. Nov. Unter der Anklage wegen Totschlags stand heute der 43 Jahre alte wegen Diebstahls und Körperverletzung verurteilte verheiratete Hilfsarbeiter Rudolf Speck aus Daxlanden vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorständler Landgerichtsdirektor Böhringer). Dem Angeklagten, der sich seit dem 5. Juli ds. Js. in Untersuchungshaft befindet, wird in der von Ersten Staatsanwalt Dr. Pfeiffer vertretene Anklage vorgelesen, am 4. Juli morgens 4 Uhr in einer Gartenhütte in der Nähe der Bonnellstraße seine Stieftochter Urdia Hed ermordet zu haben (Verbrechen nach § 212 des Reichsstrafgesetzbuchs). Ueber seine persönlichen Verhältnisse gibt der Angeklagte an, er habe die Volksschule besucht, zog ins Feld und geriet alsbald in französische Kriegsgefangenschaft. Auf der Insel Korfika erkrankte er 1918 an Malaria. Seine Ehe, die er nach dem Kriege eingangs, war anfangs glücklich; als er jedoch keine regelmäßige Arbeit mehr hatte, traten Zerwürfnisse ein. Er ist mit vorübergehenden Unterbrechungen seit 1922 arbeitslos gewesen. 1927 fing er zu trinken an. Auf dem Schrebergarten in der Nähe der Bonnellstraße geschah die Tat. Wie seit längerer Zeit, hatte er sich auch an dem Morgen des 4. Juli dort hin begeben, um sich für das Kossammeln auf den Schladdenhalben im Rheinbafengebiet umzusehen.

Vom Vorständler befragt, ob er sich im Sinne der Anklage schuldig bekenne, erklärte er, er gebe alles zu. Morgens halb 4 Uhr hatte er mit seiner Stieftochter Urdia bereits die Wohnung verlassen. Sie begaben sich zunächst nach der Gartenhütte, um sich umzusehen. Dabei gab es einen Wortwechsel. Nach den Aussagen des Angeklagten, schalt seine Stieftochter Urdia, weil sie so früh aufstehen mußte. Der Angeklagte geriet darüber in Erregung und schickte die Drohung aus: „Dir gehört der Krug an, du gehst in den Keller, du Teufel!“ Er wurde handgreiflich. Er habe sie „am Hals gehoben“ und sie sei sofort umgefallen. Sie sei sofort tot gewesen. Er habe sie nicht töten wollen. Er legte sie auf das in der Gartenhütte befindliche Sofa und bedeckte sie mit Tüchern zu „wegen der Scham“. Dann ging er, nachdem er die Gartenhütte abgeschlossen hatte, nach Hause und teilte seiner Frau in Daxlanden mit, daß sich die Urdia beim Kossammeln die Füße verbrannt habe und in der Gartenhütte liege, weil sie nicht mehr gehen könne. Die Mutter begab sich daraufhin sofort zu ihrer Tochter nach der Hütte, fand sie jedoch nicht mehr lebend vor. Sie verständigte die Polizei, auf deren Veranlassung ein Arzt am Tatort erschien und den Tod der Urdia Hed feststellte. Der Täter flüchtete mit einem Fahrrad nach Gegenstein. Am gleichen Abend gegen 7 Uhr, als er sich von dort auf dem Wege nach Karlsruhe befand, wurde Speck in der Hans-Thoma-Straße von Kriminalbeamten festgenommen.

Vom Vorständler wird dem Angeklagten u. a. vorgehalten, daß er 1927 wegen Körperverletzung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wurde, weil er seiner zweiten Stieftochter, der jetzt 19jährigen Silda Hed, durch einen Messerstich erheblich verletzt hatte. Nach der Tat sei er an den Rhein, angeblich um sich zu ertränken. Auf Vorhalt bleibt der Angeklagte dabei, nur das „Maulen“ seiner Stieftochter sei der Anlaß gewesen, daß er handgreiflich wurde. Er bekennt, ein unbilliges Ansehen an sie gestellt zu haben, trotzdem gewisse Spuren an Kleide der Getöteten darauf schließen lassen könnten. Der Angeklagte selbst hat in sittlicher Hinsicht nichts gegen die Getötete vorzubringen.

Zeuge Kriminaloberinspektor Heik gibt eine Schilderung des Tatoris. Bei seiner ersten Vernehmung habe Speck nicht das „Maulen“ der Stieftochter als Hauptmotiv angegeben. Zeuge Rotenmeißer Bus, der nach der Anzeige der Frau am Tatort erschien, gibt u. a. an, die Hand der Leiche habe sich noch warm angefühlt. Eine Nachbarin gibt an, in der Familie Speck habe es seit länglich Streit gegeben; aus gewissen Äußerungen schloß sie auf intime Beziehungen des Angeklagten mit seinen Stieftöch-

tern. Bei einem Streit habe er einmal geäußert: „Wenn keine Ruhe gibt, gibts noch Tote im Haus.“ Daraus abgesehen, sei der Angeklagte ein ruhiger Mensch gewesen.

Die Frau des Angeklagten gibt an, die Ehe sei nicht glücklich gewesen, weil ihr Mann getrunken und andere Gesellschaft im Wirtschaftshaus gesucht habe, dort sei er verführt worden. Wenn ihre Tochter ein wenig fort wollten, habe das Speck nicht zulassen wollen, wohl aus Eifersucht, denn er habe sie (die Tochter) geiraat: „Gelt, ihr habt Kerle bestellt?“ Er sei leicht erregbar gewesen und habe sie (die Frau) auch schon geschlagen. An dem fraglichen Morgen sei er gekommen und habe gesagt, die Urdia habe sich die Füße verbrannt. Sie ging dann mit Silda nach dem Garten, wo sie in der Gartenhütte die Leiche ihrer Tochter fand. Als ihr Mann nicht mehr kam, dachte sie, daß etwas Besonderes vorliegen mußte; sie dachte auch daran, daß ihr Mann vor der Tat etwas Unbilliges von ihrer Tochter verlangt haben könnte. Durch die Arbeitslosigkeit war ihr Mann stark demütiert. Daß Urdia Schimpfmotive gegen Speck gebraucht habe, will die Frau nie gehört haben.

Silda Hed, die zweite 19jährige Stieftochter des Angeklagten, bekennt, daß er darüber öfter gescholten habe, daß sie ins Turnen ging. Als sie 15 Jahre alt geworden sei, habe ihr Stiefvater einmal etwas Unbilliges von ihr verlangt. Die Mutter bestätigte diese Aussage. Die Frau erlitt einen Schwächeanfall und wird entlassen. Darauf wird noch die Mutter des Angeklagten vernommen. Ihren Aussagen ist zu entnehmen, daß der Vater des Angeklagten stark dem Alkohol zupfand. Der Angeklagte sei eine leicht erregbare Natur. Ein früherer Arbeitskollege stellt dem Angeklagten ein gutes Zeugnis aus. Der Leumund der Getöteten wird von Kriminalassistent Osterka als gut bezeichnet; Leute, die er über den Angeklagten vernahm, übten Zurückhaltung. — Medizinalrat Dr. Croissant verurteilt sich über den Leichensbefund und das Sektionsergebnis. Bezüglich des Angeklagten kommt er zu dem Ergebnis, daß dieser erlich belastet, eine degenerierte Persönlichkeit von verminderter Zurechnungsfähigkeit sei.

Erster Staatsanwalt Dr. Pfeiffer erachtet nach dem Ergebnis der Beweisführung, sowie durch das Geständnis des Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragt eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren wegen Totschlags.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Stern, kam zu dem Ergebnis, daß Körperverletzung mit nachgelagertem Tode vorliege und trat für eine Gefängnisstrafe ein.

Das Schwurgericht verurteilte Speck wegen Körperverletzung mit nachgelagertem Tode zu 4 Jahren 4 Monaten Gefängnis, sowie zu 3 Jahren Zuchthaus. 4 Monate des erlittenen Untersuchungsarrestes wurden auf die erkannte Strafe angerechnet. Der Angeklagte unterwirft sich dem Urteil. Auch die Staatsanwaltschaft verzichtet auf Revision, so daß das Urteil rechtskräftig ist.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung lautet:

Wittwoch, 12. November, vormittags 8.30 Uhr: Schneider Franz, Kaufmann, aus Pforzheim, wegen Mordes. Die Anklage betrifft Erster Staatsanwalt Reich. Geladen sind 56 Zeugen, sowie zwei Sachverständige. In die Verteidigung teilen sich die Rechtsanwälte Rohde und Rupp. In dieser Verhandlung wird Einlaß nur gegen Karten gemäht. Man rechnet im Falle Schneiders mit einer Verhandlungsdauer von drei bis vier Tagen. In diesem Falle führt Landgerichtspräsident Dr. Rubmann den Vorsitz, in den vorbereitenden Landgerichtsdirektor Böhringer.

Tödtlicher Autounfall

Im Karlsruhe, 7. Nov. Wegen fahrlässiger Tötung verurteilte das Karlsruher Schöffengericht den 47 Jahre alten verheirateten Kraftwagenführer Heinrich Hed aus Giesenheim zu 150 M. Geldstrafe an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von vier Wochen. Der Angeklagte, der seit 1906 bei der Brauerei Moninger tätig ist

und dem das beste Zeugnis ausgestellt wird, befand am 3. Oktober dieses Jahres nachmittags 4 Uhr — er war bereits 12 Kilometer unterwegs — mit einer Geschwindigkeit von etwa 12 Kilometern die antike Straße Gernsbach-Loffenau mit einem Kraftwagen von der Brauerei Moninger. Er schaute dabei des öfteren zurück, da die nicht unbearbeitete Straße sehr glatt war. Die beiden anderen Mitfahrer waren, die Gefahr richtig zu erkennen, vorher abgeregnet. Der Anklagevertreter hatte die Gefängnisstrafe beantragt, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heimer, darauf abgebeht, daß den verurteilten Befahrer der Mithschuld treffen, denn er hätte durch Ergrreifen des Steuerbügels Unfall verhindern können, was seine Pflicht gewesen wäre, vor erster Linie für Freisprechung eingetreten.

Der Gummknäuel in der Wahlversammlung

Im Karlsruhe, 7. Nov. Eine eremptionsfähige Strafe sprach das Einzelrichter beim Amtsgericht gegen den 24jährigen Hilfsarbeiter Gustav Bullinger vor hier aus. Dieser hatte sich wegen des Gummknäuels gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. Dezember 1930 und Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung zu verurteilen lassen. Der Angeklagte befand sich am 12. September mit einem Wahlvergnügen in Daxlanden, wobei er einen Gummknäuel bei sich trug; des weiteren hatte er Wahlzettel seiner Partei im Zirkel und in der Kronenstraße angelegt, ohne die Erlaubnis des Wahlvergnügens zu haben, weil er befürchtete, von politischen Gegnern auf dem Heimwege Schläge zu bekommen. Von Richter Bullinger bedeutet, daß nach § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten jeder, der mit anderen an öffentlichen Orten zu politischen Zwecken erscheint und bewaffnet ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird. Zum Gummknäuel dürfte der Angeklagte nicht mehr als ein Gummknäuel mitgeführt haben, sondern nur die Fäuste der Partei entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts verurteilte der Einzelrichter den Angeklagten wegen unerlaubten Waffentragens zu einer politischen Versammlung zu drei Monaten Gefängnis wegen des Zettelanlegens zu 5 M. Geldstrafe bzw. einen Tag Gefängnis.

§ 218

23. Offenburg, 8. Nov. Das Schwurgericht Offenburg verurteilte am 15. Okt. ds. Js. gegen den dortigen praktischen Arzt Bernhard Stern wegen Abtreibung in zwei Fällen. Traugott Stern, ein Schwannensänger, glaubt, hielt ihn das Gericht doch für einen auf Grund von Zeugenaussagen, für überführt, denn in einem Falle ließ er sich für seinen glatt verlaufenden Eingriff nach Behandlung seiner Patientin ins Licht kam, hatte Stern 400 M. von einem einfachen Mädchen genommen. Trotz dieser gestellten übermäßig hohen Vergütung verneinte aber das Schwurgericht das Vorliegen einer Gewerbsmäßigkeit und verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er schon einmal wegen § 218 zu 2 Jahren Gefängnis. — Gegen diese Entscheidung (sowohl der Anklage wie auch die Staatsanwaltschaft) hat der Angeklagte beim Reichsgericht eingelegt, die letztere, weil ihr die Revision (sowohl der Anklage wie auch die Staatsanwaltschaft) bindend ist, aber beiden Revisionen gegenüber, wie der Reichsgerichtspräsident des O.B. meldet, an die für die Revisionsinstanz bindenden Stellungnahmen des Schwurgerichts und verwarf somit beide Revisionen als unbegründet. Damit ist nun das Urteil gegen Stern rechtskräftig geworden.

Wasserstand des Rheins

Basel 154, gef. 4; Baidobut 331, gef. 7; Schutterinsel 215, gef. 8; Rehl 369, gef. 11; Maxau 586, gef. 24; Mannheim 544, gef. 26; timeter.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Qualitätsbiere der
Brauerei zum Baurenmichel, Augsburg
Bärenbrauerei, Schwenningen
Brauerei Ketterer, Pforzheim
Lieferung an Jedermann
Schnellste und reelle Bedienung
Merz G. m. b. H. Hirschstr. 30
FERNRUF 7629

Rheinkies

Telephon 2192

für jeden Verwendungszweck

Lieferer

Karl Mall G. m. b. H., Karlsruhe-Daxlanden

Friedrichsdorfer
Gesundheitszwieback
aus der Fabrik
Friedrich Lepp
Weingarten in Baden
Bahnhofstraße 5 / Telephon 21

Badische Bank

Hinterlegungsstelle für Wertpapiere

Mannheim Karlsruhe

Bankhaus

Veit L. Homburger

Karlsruhe i. B.
Karlstraße 11

Dampfwaschanstalt Karl Pfütznert
Karlsruhe-Rüppurr, Lützowstraße 14 Telephon 6723
liefert Wäsche jeder Art, feucht, trocken, schrankfertig
Pfundwäsche
Tadellose prompte Bedienung

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften

und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine **befreien uns von den Preisdiktaten** der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß **Jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten** und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.

Diirr & Göckler Installations-Geschäft
Blecherei
Gas-, Wasser- und sanitäre Anlagen
Bäder, Klosets, Bau-Blecherei
Glümerstraße 10 Fernsprecher 2811

Jacob A. Groß, Bruchsal

das neuzeitliche große Haus
für Damen-Kleiderstoffe
Herrenstoffe, Aussteuerwaren
Damen- u. Kinder-Konfektion
Stets neu ergänzte große
Auswahl, bekannt gute
Qualitäten, billige Preise

Bankhaus STRAUS & CO. KARLSRUHE I. B.

Fernsprech-Anschlüsse
Stadtverkehr Fernverkehr Devisenabteilung
Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439

Drogerie Wilhelm Tscherning
Ecke Amalien- und Karlstraße
Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattspargruppe



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. November. 1821 *Russischer Schriftsteller Dostojewski. — 1830 *Ungarischer Dramaturg Karoly Kisfaludy. — 1845 *Franz, Sozialist Jules Guesde. — 1884 *Naturforscher A. Bröhm (Tiereleben). — 1918 *Kaiserin Elisabeth. — 1918 Sturz der Dynastien der Kleinstaaten. — 1918 *Bittor Adler.

Dem Führer ins Stammbuch

Genosse Sigmond schreibt uns:
Im Naziblatt vom 11. November erfährt sich unter der Firma „Hier schreibt ein Arbeiter“ (Bädermeister?) zu behaupten, die Führer der Gewerkschaften hätten nichts für ihre arbeitslosen Kollegen übrig und fragt an, wo wir 1914—1918 gewesen wären. Hier meine Antwort:

Ich verzichte seit Monaten auf ein Viertel meines Gehalts zu Gunsten meiner Kollegen. Wo sind die Großgehalts- und Pensionsbezieher, die ehemaligen kaiserlichen Offiziere, die Führer der Nazi-Partei, die diese Opfer bringen? Der trete vor! Außerdem war ich trotz meiner damals 42 Jahren von 1916—1918 als Pionier an der Westfront, habe sogar als einfacher Mann Auszeichnungen erhalten. War also kein Etappenweim, wie so mancher Naziführer. Stehe keine Pension von der Republik ein, wie so mancher Nazibohne.

Im übrigen halte ich es für überflüssig, mich mit Menschen öffentlich herumzubalgen, die keine Ahnung von den Sorgen und Nöten eines Arbeiters haben. Leute, die das so segensreich wirkende „Nachtbadverbot der Bäder“ für einen Fehler halten, spreche ich jedes Anrecht ab, sich als Arbeiter zu bezeichnen, denn das sind Elemente, die nur an die Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Nebenmenschen denken. So lange die Spießbürger, Großkapitalisten und ehemalige kaiserliche Offiziere der Nationalsozialisten im Verein mit der Großindustrie auf die Gewerkschaften und ihre Führer schimpfen, sind wir auf dem richtigen Weg. Jeder ehrliche, denkende Arbeiter, der ein wenig solidarisches Empfinden besitzt, hält zu seinen Berufskollegen und ist Mitglied seiner Berufsorganisation. Nur Egoisten, Schmarotzer, Kabbudler, Hundeseelen, lassen sich von den ehemaligen Offizieren im Lager der Nazi am Gängelband führen. Was versteht denn so ein Nazibohne von den Belangen der Arbeiterklasse! Nicht mehr als eine Kuh von einem Scheunente. Na, Arbeiterklasse erwache! Laß dich nicht von den falschen Gefängen der Naziführer einengen.

Am Sonntag, den 16. November, sind Gemeindeglieder, da brauchen die Bongen der Naziführer, die ehemaligen Kärnerhofschreiber, die Leuteschinder, auch als Stimmtuch, wie sie euch früher als Kanonenfutter benutzt haben.

Gibt den militärischen Bankrottpolitikern, den Kriegsverstärkern, den Heimkriegern, den Etappenhelden den Laufpaß und schick Leute in die Rathäuser, die eure Sorgen und Beschwerden aus eigenem Empfinden und Erleben kennen, wählt Liste 2.

Karlsruher Hafenverkehr im Oktober 1930

Im Oktober 1930 war der Wasserstand des Rheins verhältnismäßig sehr hoch. Am Neapel zu Mainz betrug er am 14. d. Mts. 6,98 Meter, so daß die Eisenbahnbrücke bei Mainz 25 Stunden geschlossen gehalten werden mußte und dadurch den Verkehr auf dem Oberrhein wieder einmal außerordentlich beeinträchtigte.

Am Karlsruher Rheinhafen sind im Berichtsmonat 77 Güterboote und Motorboote und 236 Schleppboote angekommen sowie 73 Güterboote und Motorboote und 233 Schleppboote abgegangen. Der Güterverkehr war hiernach im Oktober etwas schlechter als im September, dagegen war der Schleppbootsverkehr erheblich stärker.

Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Oktober 1930 rund 20 000 Tonnen kleiner als im Oktober 1929, was in der Hauptsache auf eine schwächere Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist, die sich zum Teil aus der wirtschaftlichen Lage, zum Teil aus der Kohlenpreispolitik erklärt, die vorübergehend eine möglichst hohe Zurückhaltung in der Kohlenbeschaffung auslöst.

Am Ende des Monats ist vom Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen am Vorhafen des Rheinhafens eine Fernsprechanlage in Betrieb genommen worden, die für die Abwicklung des Schiffahrtsverkehrs eine wesentliche Erleichterung bedeutet und unter der Nummer 3044 an das Karlsruher Fernsprechnetz angeschlossen ist.

Die Badische Presse macht in Kommunalpolitik

In einem Leitartikel in Nr. 521 nimmt der Chefredakteur der Badischen Presse Stellung zu den Kommunalwahlen. Wir würden von diesem Artikel gar keine Notiz nehmen, wenn der Tenor des Artikels nicht derselbe wäre, wie wir ihn schon seit Jahren von sogenannten führenden Wirtschaftskreisen vernahmen, nämlich, daß die Gemeindefinanzlage in der Krise bedauerlich ist, daß viel Geld für unproduktive Zwecke und durch eine von den Parteien betriebene oft recht kostspielige Aufblähung des Verwaltungsapparates ausgegeben werden ist. Diesen Auswüchsen entgegenzutreten und durch eine gründliche Reform an die Stelle einer verschwendenden, das gesamte Bürgerium in einer untragbaren Weise belastenden Ausgabenpolitik wieder eine sparsame und gesunde Wirtschaftsführung zu setzen, ist das Hauptziel der Kommunalwahlen. Weiterhin: Wir brauchen nicht so unter der Wirtschaftskrise zu leiden, wenn die seit Jahren erhobenen Forderungen nach größerer Sparsamkeit in den Gemeindevorkosten beachtet worden wären und wenn man die Kommunalpolitik mehr nach sachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingerichtet hätte.

Was hier die Badische Presse schreibt, ist die Lesart kapitalistischer Schatzkammerkreise, die infolge ihrer eigenen Unfähigkeit, die Wirtschaft zu leiten, nach einem anderen Sündenbock suchen müssen und den sie nun in den Gemeinden gefunden haben wollen. Daß dies leicht da und dort eine Gemeinde unheil riefert und auch unnötige Ausgaben gemacht hat, mag vielleicht zutreffen, aber Einzelfälle zu verallgemeinern, beweist nur, daß die Badische Presse von wirklicher Kommunalpolitik auch keine Ahnung hat und eben nur das rathlos, was die ihnen so lieben Wirtschaftskreise vorleben. Gelpart wird in den Gemeinden, aber wenn infolge der Sparsamkeit auch die Erteilung von Aufträgen an Handwerk und Industrie ausbleibt, so weitem wieder die selben Kreise, deren Ansicht für die Badische Presse kommunalpolitisch Evangelium ist, daß die Gemeinden das Handwerk und die Industrie nicht genügend durch Aufträge unterstützen. Und was die kostspielige Aufblähung des Verwaltungsapparates anbelangt, so läßt die Badische Presse, gut, diese Mahnung an die Privatwirtschaft zu richten, denn dort findet man a. B. einen aufgeschblühten Direktorenapparat, der schon ungeheure Summen an Gehalt für die Herren Direktoren verschlingt. Die Direktorengelüster sind be-

Die kommende Winternot

Gründung der Karlsruher Notgemeinschaft — Ueber 9000 Arbeitslose in Karlsruhe

Wie bereits im Stadtratsbericht bekanntgegeben, haben die privaten Wohlfahrtsvereine die Absicht, sich zur Linderung der den überaus zahlreichen Hilfsbedürftigen dieser Stadt im kommenden Winter drohenden Notlage zu einer „Karlsruher Notgemeinschaft“ zusammenzuschließen. Zu diesem Zweck fand gestern abend im Bürgeraal des Rathauses eine Besprechung statt, zu der die Vertreter aller in Betracht kommenden Behörden und Korporationen, sowie die Pressevertreter vom Oberbürgermeister geladen wurden. Bürgermeister Sauer begrüßte die zahlreich erschienenen und gab über den Zweck der Besprechung ein kurzes instruktives Referat, in dem er u. a. folgendes sagte:

Die Anregung, eine Notgemeinschaft zu gründen, kommt von den privaten Wohlfahrtsvereinen unserer Stadt. Sie soll den Zweck haben, die schwere Not des kommenden Winters lindern zu helfen. Es handelt sich demnach nicht um die Gründung einer neuen Organisation, sondern um eine Zusammenfassung aller in der privaten Fürsorge vorhandenen Kräfte zu dem Zweck, der Not des Winters zu steuern. Die in Betracht kommenden Wohlfahrtsvereine haben an die Stadtverwaltung die Bitte gerichtet, die Leitung der Notgemeinschaft zu übernehmen. In Würdigung des Vertrauens, das in den Erfuchen der Wohlfahrtsvereine zum Ausdruck kommt, hat Herr Oberbürgermeister Dr. Fritze sich bereit erklärt, den Vorsitz in der Notgemeinschaft zu übernehmen und der Stadtrat hat beschlossen, den Rat und die Erfuchen des städtischen Fürsorgeamtes der Notgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Nach dieser kurzen Einleitung über die Ursachen, welche zur Gründung der Notgemeinschaft Veranlassung gaben, ging der Redner im Speziellen etwas näher auf die derzeitigen Verhältnisse in unserer Stadt ein. Es ist eine feststehende Tatsache, daß das Wirtschaftsleben unserer Stadt seit Beginn des Weltkrieges — mochten Baden, Grenzland und Karlsruhe Grenzstadt geworden ist — langsam aber sicher zurückgeht. Ueber diese Tatsache können auch Schein- und Konjunkturfaktoren, wie wir sie in den letzten 10 Jahren vorübergehend erlebt haben, nicht hinwegtäuschen. Zahlreiche Betriebe, die durch Arbeit und strebsame Bürger vor Jahrzehnten gegründet wurden und zu großen Unternehmungen herangewachsen sind, wurden stillgelegt. Die wirtschaftliche Situation unserer Stadt wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß beim Arbeitsamt Karlsruhe heute

13 252 Arbeitssuchende

gemeldet sind. Davon entfallen auf die Stadt einschließlich der Bezirke 9134. Von diesen 9134 Arbeitssuchenden erhalten 2818 Arbeitslosenunterstützung und 1186 Kräfteunterstützung, so daß nur rund 4000 Personen von der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung erhalten, während rund 5000 Personen, teils weil sie ausgetrennt oder noch nicht ausgetrennt sind, keine Unterstützung erhalten können. Von diesen 5000 Personen sind rund 2500 beim Fürsorgeamt als Wohlfahrtsunterstützte gemeldet und müssen unterstützt werden. Die Gesamtzahl der beim Fürsorgeamt in Unterstützung stehenden Personen beträgt einschließlich der Klein- und Sozialrentner, der Kriegsbeschädigten, und Sinterbeschäftigten sowie Mindererwerbsfähiger 10 550. Unter Berücksichtigung, daß viele Fürsorgeempfänger auch Angehörige haben und die

Zahl der Fürsorgeempfänger mit 1,8 vervielfacht werden muß, ist es gewiß nicht übertrieben, wenn man die Zahl der vom Fürsorgeamt betreuten Personen auf 18 000 schätzt. Damit kam Redner zu der Frage, welche Mittel die Stadt dem Fürsorgeamt aufwenden muß, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Im Voranschlag des Bürgermeisters sind allein rund 7 Millionen Mark für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehen, die aber nicht ausreichen. Weiter sind noch für sonstige Wohlfahrtsausgaben rund 2 Millionen Mark vorgesehen, so daß der Wohlfahrtsrat der Stadt rund 9 Millionen Mark betragen.

Die Stadtverwaltung ist auch befaßt, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit der großen Not zu steuern. In der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle, die aus dem Dienst des Fürsorgeamtes besteht, ist werden im Jahresdurchschnitt 180 Personen beschäftigt, periodisch ausgewechselt werden. Bei Notstandsarbeiten sind Zeit 200 Personen beschäftigt. Inwiefern neue Notstandsarbeiten eingerichtet werden können, hängt davon ab, ob die erforderlichen Mittel zu beschaffen sind. Der Jahreszeit entsprechend sind bereits Maßnahmen von der Stadtverwaltung getroffen worden.

Diese Ausführungen sollen aber nicht darlegen, daß die Notgemeinschaft nicht deshalb gegründet werden soll, um das Fürsorgeamt zu entlasten, sondern um ergänzend neben dem Fürsorgeamt zu wirken. Diese ergänzende Fürsorge der privaten Wohlfahrtsvereine ist notwendig, weil die Stimmung unter den Tausenden von Fürsorgeempfängern hoffnungslos und trüb ist.

Nun noch ein Wort über die Tätigkeit der Notgemeinschaft. Es muß 1. dafür sorgen, daß niemand im kommenden Winter Hunger leiden oder frieren muß. Das soll durch Abgabe von Wintermaterialien oder durch Abgabe von warmem Essen zu einem sehr ermäßigten Preis geschehen.

2. will sie dafür sorgen, daß die Armen und Fürsorgeempfänger im Winter einen warmen Ofen haben und mit ihren Kindern wärmen können.

3. will sie überall da ergänzend einwirken, wo dem Fürsorgeamt eine Möglichkeit, weitere Hilfe zu gewähren, nicht gegeben ist, wie z. B. durch Befehrende und unterhaltende Veranstaltungen, die Hoffnung und Lebensfreude der Fürsorgeempfänger wecken und erhalten.

Um diese Bestrebungen in geregelte Bahnen zu lenken, wird die Notgemeinschaft nicht nur mit dem Fürsorgeamt, sondern auch mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten. Es ist beabsichtigt, mit einem Aufsatze an die Bürgergesellschaft heranzutreten und die Bitte auszusprechen, der Notgemeinschaft die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die wirtschaftliche Lage unserer Stadt ist, wie bereits erwähnt, schlecht, aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Bürgergesellschaft alles tun wird, was sie kann, um mitzuhelfen, der Not zu steuern.

Im Anschluß hieran fand eine kurze Diskussion statt, an der sich zwei Redner beteiligten. Bürgermeister Sauer dankte dem Redner, daß bereits ein geschäftsführendes Ausschuß gegründet wurde, dem Vertreter der verschiedenen konfessionellen karitativen Vereine, des Bad. Frauenvereins, des freien und christlichen Gewerkschaftsbundes und Angehörigen. Der Ausschuß trat nach der Besprechung sofort in einer Sitzung zusammen.

* Am goldenen Jubelkranz. Herr Oberpostkammer Ratler eine treue Lebensgefährtin feiern heute ihr goldenes Ehejubiläum. Beide Ehegatten sind erduldend und sehr tüchtig. Wir wünschen dem Jubelpaar auch für die Zukunft alles Gute, vor allem ein frohliches Lebensabend.

(*) Verbandsausgabenminderer! Achtung! Die Bad. Lichtspielvereine anfragen für die Krankeassen Sondervorträge mit dem Titel „Der Weg zum Christentum“ (siehe Inserat). Am Freitag für die Lichtspielvereine u. a. Die Karten werden bei den Vereinen für 20 Pf. abgegeben. Der Besuch ist für jedes Mitglied und für 20 Pf. abzugeben. Die Vereine sind verpflichtet, diese Gelegenheiten besonders die Frauen sehr wichtig. Benütze jeder diese Gelegenheiten, um die Gesundheit vieler, vielleicht auch die eigene, zu erhalten. Die Krebsdresdener werden immer häufiger Krebs ist aber heilbar.

Wohlfahrtsrat der Naturfreunde. Trotz der Unmut der Zeit werden die Naturfreunde, Ortsgruppe Karlsruhe, am 14. Dezember, 19 Uhr, im „Reichshof“-Saal eine Aimer-Wohlfahrtsfeier mit Besprechung abhalten. Gerade weil die Not am größten ist, sind diese Veranstaltungen notwendig. Die Mitglieder sind aufgefordert, ihre schulpflichtigen Kinder bei der Veranstaltung zum. Im Geschäftszimmer Nr. 26, Baden, am Mittwoch von 18—20 Uhr anzumelden. Diejenigen Kinder, die an dem Programm teilnehmen möchten, wollen sich gleichfalls am Mittwoch 18 Uhr im Geschäftszimmer einfinden. Viele Kinder werden in diesem Jahre unter dem leeren Weihnachtsbaum stehen. Überhaupt seien Weihnachtsbaum erhalten! Auch dieses Jahr, wenn die Vereinstagungen zusammenfallen und durch Geben, Geben und die Vereinstagungen in ihrem Streben, den Kindern einen weihnachtlichen Erfolg zu bieten, unterstützen. Helft daher, alle die es können, mit Opfer der heutigen kapitalistischen Wirtschaft sind, vornehmlich einige Stunden das Ziel vergessen zu lassen.

Wohlfahrtsrat der Naturfreunde. Die Gesamtprobe findet nicht wie Vereinsausgeber der actigen Ausgabe veröffentlichen. Heute, sondern erst am Donnerstag abend statt.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall
Am Montag abend verunglückte der Führer eines Personentransportwagens in der Ehlinger Straße an der Wirtshaus. Zum Unfallzeitpunkt waren mit dem Personentransportwagen vier Personen nicht zu Schaden, jedoch wurden beide Fahrzeuge beschädigt. Der Personentransportwagen wurde abgeschleppt.

Diebstahl
Vergangene Nacht um halb 1 Uhr wurde die Polizei am Durlacher Tor durch gelinde Hilferufe von der Straße aus alarmiert. Diebstahlverdächtige wurden durch den Dieb seines Fahrgastens zurückverfolgt und sich auch durch die mitleidigen Schläge des Täters nicht davon abhalten ließ. Die Polizeibeamten hatten den Dieb in der Lohndstraße ein und machten ihn dingfest. Wegen Fahradiebstahls und Körperverletzung zur Anstalt. Am Montag wurden der Polizei vier weitere Fahradiebstahl gemeldet.

Einer Händlerin aus Hagsfeld wurde am Montag mittags ein Sanftwagen mit Seitenwagen im Gesamtwert von 36 Mark durch Diebstahl verloren. — von einem Koffermann wurde ein Koffer mit dem Wert von 50 Mark durch Diebstahl verloren. — Einem unbekannten Hund abgerufen und entwendet. — Einem Koffer in der Badstraße wurden aus seinem Zimmer Kleingewerkschaftswert von 40 Mark gestohlen. — Außerdem gelangten mehrere Diebstahls zur Anzeige.

